Geht Ihre AG
in die Kirche? Nein? Warum muss sie dann in ZH Kirchensteuern zahlen?*
Dieser alte Zopf belastet die Zürcher Wirtschaft mit über 100 Mio CHF jährlich und gehört abgeschafft!
Unterschreiben Sie! www.kirchensteuer-zh.ch
BÜRGER-AKTION seit 1981
Bürgeraktion, 8700 Küsnacht PC 87-16415-6
Dr. Michael E. Dreher, Ex-Nationalrat

FREITAG, 9. DEZEMBER 2011 NR. 49 53. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

BESTE MÖGLICHKEITEN, UNSERE GESETZE ZU UMGEHEN

Einladende Wirkungen zum Daueraufenthalt

Vor einigen Tagen geisterte eine Nachricht durch die Medien, wonach Asylbewerber und sog. vorläufig Aufgenommene Ferien in ihren Heimatländern machen würden, just dort, wo sie unseren Behörden ihre Bedrohung an Leib und Leben zu Protokoll gegeben haben. Das Bundesamt für Migration zeigte sich dabei entsetzt und sprach von Missbrauch.

B. STEINEMANN
KANTONSRÄTIN SVP
WATT-REGENSDORF

Missbrauch? Die falschen Flüchtlinge mussten gar nichts hintertreiben, dasselbe scheinheilige Amt hatte ihnen das massenhafte Hintergehen erst ermöglicht: Von der Öffentlichkeit unbemerkt hatte der Bundesrat auf den 1. März 2010 die Verordnung über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen angepasst. Begründet wurde die Änderung mit der Einführung biometrischer Daten in Pässen und Reisedokumenten für Schengen-Staaten. Verschwiegen wurde dabei, dass er gleichzeitig die Reiserestriktionen für Personen mit hängigem Asylverfahren lockerte und jene für vorläufig Aufgenommene sogar ganz aufhob. Und das ohne Angaben zu Reiseziel und -zweck – diese Freiheit hatten damals die Lobbyisten von der Flüchtlingshilfe für ihre Schützlinge ausgehandelt.

> **In zwei Jahren hatten sich im Kanton Zürich fast die Hälfte aller angeblich an Leib und Leben Bedrohten Pässe ausstellen lassen.**

Dass die Dreistigkeit durch unsere behördliche Naivität erst ermöglicht wurde, bestätigte schon vor einem Jahr die Antwort der Regierung auf eine parlamentarische Anfrage im Zürcher Kantonsrat: Das Zürcher Migrationsamt hatte in den Jahren 2008 und 2009 insgesamt 2317 Anträge um Ausstellung eines Reisedokumentes bearbeitet, und das bei knapp 5000 vorläufig Aufgenommenen im Kanton. Innert zwei Jahren hatte sich also rund die Hälfte aller angeblich an Leib und Leben Bedrohten passähnliche Dokumente ausstellen lassen, um das Gastland mit unbekanntem Ziel verlassen zu dürfen.

Irreparable Wirkungen auf den Aufenthalt

Vorläufig Aufgenommene haben stets ein Asylgesuch gestellt, das jedoch immer abgewiesen und mit einer Aufforderung zur Wegweisung zugestellt wurde. Den negativen Bescheid fechten 80 Prozent der Betroffenen an. Diese gerichtlichen Verfahren geben den Betroffenen noch mal die Chance, ihren Aufenthalt zu verlängern. In etwa der Hälfte der Fälle würden die ausgemusterten Asylbewerber jahrelang die Behörden narren und hierbleiben, gab das Amt für Migration des Kantons Bern kürzlich unverblümt zu. Ein hoher Anteil behauptet, über keine Papiere zu verfügen, macht falsche Angaben zu Person oder Herkunftsstaat, oder das Heimatland widersetzt sich einer Rückführung. Kommen sie der Aufforderung, bei ihrer Auslandvertretung ein Ausreisepapier zu beschaffen, nicht nach, sehen sich unsere Ämter gezwungen, selbst tätig zu werden, was sich meist als äusserst schwierig und aufwändig gestaltet. Eine Ausschaffung kann nur erfolgen, wenn die Person selber und der Herkunftsstaat bei der Papierbeschaffung kooperieren.

> **Vorläufig Aufgenommene vermögen ganz bewusst auf die Ohnmacht eines humanitären Staates zu setzen.**

Wenn sich dieser Kampf gegen den Vollzug der Wegweisung jahrelang hingezogen hat, verfängt das Argument, eine Abschiebung sei jetzt erst recht unmenschlich. Vorläufig Aufgenommene vermögen ganz bewusst auf die Ohnmacht eines humanitären Staates zu setzen. So bestimmt nicht mehr der Gesetzgeber, ob und wie lange sich jemand in der Schweiz aufhält, sondern der Zuwanderer selber bzw. sein Herkunftsland. Die lange Aufenthaltsdauer wird dann als Grund ins Feld geführt, um eine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung zu ersuchen.

Missstände im Asylvollzug und sinkendes Bildungsniveau

In den vergangenen zehn Jahren musste das Bundesamt für Migration 65 025 abgewiesenen Asylbewerbern eine solche Ersatzaufnahme gewähren. Im gleichen Zeitraum vermochte die Schweiz gerade einmal 1422 solcher falschen Flüchtlinge zurückzuschaffen. Hingegen hat der Bund in dieser Zeitspanne rund 50 000 davon die Aufenthaltsbewilligung B oder die Niederlassungsbewilligung C in die Hand gedrückt. Im Ergebnis erreichen so also Wirtschaftsflüchtlinge, welche unsere Asyltradition als Mittel zur Zuwanderung nutzen, dasselbe wie wirklich Verfolgte. Nicht unterschätzt werden darf die damit verbundene Kettenmigration, insbesondere der Nachzug von Familienangehörigen, der allein schon für nicht ausschaffbare Abgewiesene absurderweise ausdrücklich gestattet ist, und erst recht dann für Personen mit ordentlichem Aufenthaltsstatus. Hierzu passt auch die Medienmitteilung der Zürcher Bildungsdirektion von diesem Montag, wonach sich das schulische Niveau der Zürcher Schüler dem Durchschnitt nach unten angepasst hätte: «Das Abschneiden des Kantons Zürich erklärt sich massgeblich durch den hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern aus weniger privilegierten Familien mit Migrationshintergrund und geringen Kenntnissen der Schulsprache.» Aber anstatt beim Aufenthaltsrecht und deren Vergabekriterien die Schraube anzuziehen, haftet nun der Steuerzahler für die Fehlleistungen der Migrationsämter: «Die Bildungsdirektion prüft nun verschiedene Massnahmen für mehr Lernzeit und Begleitung der Schülerinnen und Schüler der Risikogruppe.»

> **Statt beim Aufenthaltsrecht und deren Vergabekriterien die Schraube anzuziehen, haftet nun der Steuerzahler für die Fehlleistungen der Asylverwaltung.**

Schleichender Verlust staatlicher Autorität

Etliche Male wurde auch in der Schweiz das Asylrecht verschärft. Die gesetzlichen Grundlagen für eine harte Linie, die wirkliche Flüchtlinge – sofern diese denn überhaupt an unsere Türe klopfen – schützt, aber die falschen konsequent herausfiltert, wären vorhanden. Auf keinem anderen Gebiet aber wird so offensichtlich gegen geltendes Recht verstossen, setzen sich Beteiligte über die Entscheidungen von Behörden so augenfällig hinweg, wie beim Asylrecht. Auf diese Weise trägt die festzustellende relative Ineffizienz der Asylverwaltungen dazu bei, dass der Versuch, über einen Asylantrag ein dauerndes Bleiberecht erreichen lässt, als lohnend erscheint. Ohne dieses Kalkül wäre der Zustrom wohl im Verebben begriffen. So passt auch, dass jeder Vierte, der nach langem, rechtsmässigen Verfahren und amtlicher Feststellung seiner Asylunwürdigkeit endlich ausser Landes befördert werden könnte, später wieder auf der Matte eines Schweizer Asylantrags-Zentrums steht, wie letzten Monat eine Erhebung des Bundesamtes für Migration ergab. Die tiefen Anerkennungszahlen der Asylbegehren lassen erkennen, wie es für die Möglichkeit der Zuwanderung in die Wohlstandsgesellschaft zweckentfremdet wird. Dabei würde es zu den Grundlagen staatlicher Souveränität zählen, dass Staaten über die Frage der Zuwanderung autonom zu entscheiden vermögen.

Selbstverständlich verschliesst sich niemand einer gut dosierten, bereichernden Einwanderung. Bei den hier Betroffenen handelt es sich jedoch um eine erzwungene, notabene geduldete Zuwanderung aus wenig entwickelten Regionen der Erde. Solange der politische Wille zu einer umfassenden Anwendung der bestehenden Gesetze und zu einer Einschränkung der Missbrauchsmöglichkeiten fehlt, bleiben die Reden von «griffigen Massnahmen», die in Aussicht gestellte «Asylverfahren-Kürzung» und andere überfällige Massnahmen erst Recht toter Buchstabe. In die Hände spielen die unhaltbaren Zustände vor allem den Multikulti-Träumern und den Profiteuren eines Zustandes mit möglichst vielen defizitären Einwanderern, also der Integrations-, Sozial- und Sonderbildungsindustrie.

Und die (schlagzeilenträchtigen) Asylbewerber aus den nordafrikanischen Umsturzgebieten von heute sind übrigens die vorläufig Aufgenommenen von morgen. Und aus den vorläufigen werden wiederum ewig Aufgenommene.

Billiger telefonieren

30% - 100% Rabatt auf Handy Abopreise

z.B. für nur 70 Franken im Monat in alle Schweizer Mobil- und Festnetze telefonieren.

Bei Vertragsabschluss bis ende Jahr übernimmt Sunrise alle Wechselgebühren!!!

Maschinenring
Maschinenring Zürich, Neuwiesenstrasse 5
8630 Rüti, T: 055 251 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring-zh.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch
info@schreinerei-ruetschi.ch

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

Kompetent ...

ZBV Versicherungen
Im Dienste der Zürcher Landwirtschaft
Tel. 044 217 77 50
www.zbv.ch

SBV Versicherungen
USP Assurances
AGRISANO

Aus Alt mach Neu!

Esszimmerstuhl Sitz neu polstern

Sonderangebot
Fr. 125.00
statt
Fr. 195.00
inkl. 8 % MWST

Mit Lagerstoff und neuem Sitzschaum
morgens bringen - abends holen!

Gossau ZH
wideg ag
Polsterei - Betten
Industriestrasse 25 8625 Gossau
044 935 25 46 www.wideg.ch
www.facebook.com/wideg.polster

Präsentieren Sie Ihre Werbung bei der Leserschaft von «Zürcher Bote» und «Zürcher Bauer» im besten Licht.

Also hier!

print-ad kretz gmbh
General-Wille-Strasse 147
8706 Feldmeilen
Telefon 044 924 20 70
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

Nochmals zwölf Jahre Widmer-Schlumpf

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Die CVP will Eveline Widmer-Schlumpf wiederwählen. Dies ist gegenwärtig so ziemlich die einzige politische Botschaft von Parteipräsident Christophe Darbellay. Ohne FDP-Abweichler und Pascal Couchepins Intrigen wäre Widmer-Schlumpf nie Bundesrätin geworden. FDP-Ständerätin Christine Egerszegi erhebt auch jetzt ihre Stimme für die Wiederwahl der Bündnerin. Nur müssen die Mitteparteien wissen: Diese Frau ist keine Übergangslösung. Wer am 14. Dezember Widmer-Schlumpf wählt, wählt nochmals zwölf Jahre Widmer-Schlumpf.

Nicht das Geringste deutet darauf hin, dass sich die BDP-Vertreterin in vier Jahren von ihrem Amt zurückziehen will. Erst in zwölf Jahren wird Eveline Widmer-Schlumpf jenes Alter erreicht haben, in dem Micheline Calmy-Rey auf Ende Jahr zurücktritt. Die Tatsache, dass Widmer-Schlumpf mit ihrer Kleinstpartei die traditionellen Mitteparteien am Nasenring führt, macht diese für die Wähler unattraktiv. In den nächsten zwölf Jahren Widmer-Schlumpf werden CVP und FDP als Verlierer wahrgenommen. Und garantiert unter zehn Prozent absacken.

Dabei wäre nichts einfacher, als sich dem Würgegriff der BDP zu entziehen. Es gibt keinen Grund, an Grunder zugrunde zu gehen. CVP und FDP täten gut daran, Widmer-Schlumpf abzuwählen. Wenn die Grünliberalen und die Grünen genau so schlau sind, werden auch sie abwählen – und der aufgeblasenen BDP die Luft rauslassen. Die Wähler wollen keine Mischler und Broker, sondern eigenständige Politiker. Wer die Brücken zu weit baut, erlebt einen Brückeneinsturz.

Auch qualitativ ist eine Abwahl gerechtfertigt. Die angebliche Erfolgsstory Widmer-Schlumpfs ist ein Medienprodukt. Zum Dank dafür, dass die Bundesrätin unaufhaltsam Richtung links marschiert. Das ausser Rand und Band geratene Asylunwesen trägt den Namen Widmer-Schlumpfs. Die Preisgabe des Bankkundengeheimnisses im Ausland lobt sie selber als Leistung. Gegenüber EU, OSZE und USA heisst ihr Programm nachgeben. Koste es unseren Finanzplatz, was es wolle. Sie will mit einer Zahlstellensteuer für Schweizer gegen eine Milliarde neue Steuern eintreiben. Mit ihrer Kandidatur zerstört sie unsere Konkordanz. Diese Frau stellt ihr persönliches Wohl skrupellos über das Wohl des Landes. Will sich die Schweiz das nochmals zwölf Jahre leisten?

AUS DEM PARLAMENT

SVP-Fraktion verlangt dringliche Debatte zum Asylchaos

Die SVP-Fraktion hat an ihrer Sitzung diesen Dienstag beschlossen, eine dringliche Interpellation zur aktuellen Situation in der Asylpolitik einzureichen. Der Bundesrat wird aufgefordert, in einer dringlichen Debatte noch in dieser Session Fragen zu den grossen Beherbergungsproblemen im Asylbereich und zum Umgang mit renitenten und kriminellen Migranten aus Nordafrika zu beantworten. Die SVP fordert hier endlich ein entschiedenes Handeln gegen die vorherrschenden Missstände.

MARTIN BALTISSER
GENERALSEKRETÄR
SVP SCHWEIZ

Für die SVP-Fraktion ist die vom Nationalrat beschlossene Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit ein massiver Eingriff in die Volksrechte und die direkte Demokratie. Die Verfassungsgerichtsbarkeit würde zu einer verstärkten Politisierung der Justiz führen und Kompetenzen vom Stimmbürger und dem Parlament an Gerichte verlagern.

Letztlich soll damit das Volk nicht mehr das letzte Wort in unserem Land haben. Die SVP will keinen Richterstaat und wird die Einführung einer Verfassungsgerichtsbarkeit mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen.

Ebenso lehnt die Fraktion eine materielle Vorprüfung von Volksinitiativen und eine Erweiterung der Ungültigkeitsgründe, welche in dieser Session noch vom Nationalrat behandelt werden, ab.

Unterstützt wird von der Fraktion hingegen die Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk!». Diese führt zu einer Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik. Ein Gegenentwurf zur Initiative wird von der SVP-Fraktion abgelehnt. Die SVP-Fraktion hat zudem die beiden SP-Kandidaten für die Nachfolge von Bundesrätin Calmy-Rey angehört. Mit Erstaunen hat die SVP im Weiteren vom offenbar einstimmigen Beschluss der SP-Fraktion für die Unterstützung von BDP-Bundesrätin Widmer-Schlumpf Kenntnis genommen.

Damit nimmt die SP willentlich den Bruch der Konkordanz in Kauf. Wird die Konkordanz von der SP gebrochen, ist die SVP gegenüber dieser Partei frei.

ASYLPOLITIK

Null-Toleranz für kriminelle Asylbewerber

HANS FEHR
NATIONALRAT SVP
EGLISAU

«Ihr habt nichts für uns getan; sie stehlen, weil ihr uns nicht geholfen habt.» Diese Aussage eines tunesischen Asylbewerbers ist nur die Spitze der Unverfrorenheit, welche viele Asylanten, insbesondere aus dem Maghreb, an den Tag legen. Viele Gemeinden weigern sich zu Recht, zusätzliche Asylanten aufzunehmen, die «enorm hohe Ansprüche» stellen (Regierungsrat Käser, BE), die sich oft renitent verhalten, immer mehr Straftaten begehen und in aller Regel gar keine Flüchtlinge sind. Warum sind die 2000 jungen Tunesier, die im laufenden Jahr gekommen sind, überhaupt hier? In Tunesien ist praktisch niemand an Leib und Leben bedroht.

Das Chaos im Schweizer Asylwesen hat ein unerträgliches Ausmass erreicht: Ein Asylverfahren dauert durchschnittlich 1400 Tage; Mehrfachgesuche und Rekurse sind an der Tagesordnung; das Bundesamt für Migration wurde durch dauernde «Reorganisationen» unter Frau Widmer-Schlumpf praktisch lahmgelegt; die Zahl der neuen Gesuche wird bis Ende Jahr auf rund 21 000 steigen (inklusive 3000 angebliche Dienstverweigerer aus Eritrea); die jährlichen Asylkosten bewegen sich im 2-Milliarden-Bereich. Dazu kommt die Tatsache, dass im laufenden Jahr Hunderte von Asylbewerbern in ihrem Heimatland (wo sie angeblich an Leib und Leben bedroht sind) Ferien gemacht haben – insbesondere Leute aus dem Balkan, der Türkei und dem Irak. Die betroffenen Gemeinden weigern sich deshalb zu Recht, das Chaos und den Schlendrian auf Bundesebene «ausfressen» zu müssen.

Was ist zu tun? Wir brauchen keine neuen Asylstrukturen (von denen die «Ankündigungsministerin» Sommaruga dauernd redet), sondern einen raschen, konsequenten Vollzug. Die Asylverfahren müssen drastisch verkürzt und die Rekursmöglichkeiten eingeschränkt werden. Mit afrikanischen Herkunftsstaaten sind endlich Rückübernahmeabkommen abzuschliessen. Die Grenzkontrollen sind zu verstärken und das Eritreer-Problem (über 9000 Gesuche seit 2008) ist mit Dringlichkeitsrecht zu lösen, indem Dienstverweigerung nicht mehr als Asylgrund anerkannt wird. Kriminelle Asylbewerber müssen unverzüglich aus dem Asylverfahren ausgeschlossen werden. Sie sind einem Schnellverfahren zu unterziehen und müssen unser Land verlassen. Nur so kann unsere Asyltradition für echte Flüchtlinge aufrechterhalten werden. Frau Sommaruga, tun Sie Ihre Pflicht!

NIEDERLAGE FÜR LINKE, GRÜNE UND CVP

Der Nationalrat will keine Bonisteuer

Auch in seiner neuen Zusammensetzung bleibt der Nationalrat dabei. Hohe Vergütungen an Manager sollen von den Unternehmen nicht versteuert werden müssen. Damit ist die Idee einer Bonussteuer im indirekten Gegenvorschlag zur Abzocker-Initiative definitiv vom Tisch.

REINHARD WEGELIN
POLITIK.CH

Im Februar 2008 hat der vor kurzem in den Ständerat gewählte Thomas Minder die «Volksinitiative gegen die Abzockerei» bei der Bundeskanzlei eingereicht. Seither streiten sich die Parlamentarier um einen Gegenvorschlag zur Neuregelung der aktienrechtlichen Vorschriften. Der neu zusammengesetzte Nationalrat lehnt die Bonussteuer ab – und dies deutlicher als der alte Rat. Der Nationalrat sagte mit 98 zu 85 Nein zur Bonussteuer (siehe Abstimmungsprotokoll nach Freischaltung). Zünglein an der Waage waren die neuen Mitte-Parteien GLP und BDP. SP, Grüne und CVP riefen vergeblich zu einem Ja auf. Nur mit einer Bonussteuer wäre der indirekte Gegenvorschlag eine echte Alternative zur Abzokker-Initiative von Thomas Minder, sagte Susanne Leutenegger Oberholzer (SP/BL). Es brauche ganz klar neue gesetzliche Massnahmen. Die bürgerliche Mehrheit war jedoch der Ansicht, die Bonussteuer würde den Unternehmen schaden. Faktisch handle es sich um eine Erhöhung der Gewinnsteuer, sagte Gabi Huber (FDP/UR). GLP-Präsident Martin Bäumle ergänzte: «Eine Bonussteuer trifft nicht die Boni-Empfänger, sondern die Unternehmen.»

Sache der Eigentümer

«Saläre und Boni sind in der Privatwirtschaft Sache der Eigentümer und nicht des Staates», sagte Hans Kaufmann (SVP/ZH). Letztlich seien Unternehmenssteuern nichts anderes als eine Besteuerung der Arbeitsplätze.

Der Ständerat hatte sich für eine Bonussteuer ausgesprochen. Damit hätten Unternehmen Vergütungen über drei Millionen Franken nicht länger von den Steuern abziehen können. Die in einer separaten Vorlage geregelten übrigen Punkte des indirekten Gegenvorschlags zur Abzocker-Initiative gehen nun zurück an den Ständerat.

ARBEITSPLATZABBAU GEHT WEITER

Arbeitslosenquote steigt auf 3,1 Prozent

Gemäss den Erhebungen des Staatssekretariats für Wirtschaft Seco waren Ende November 2011 121 109 Arbeitslose bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) eingeschrieben, 5931 mehr als im Vormonat. Die Arbeitslosenquote stieg damit von 2,9 Prozent im Oktober 2011 auf 3,1 Prozent im Berichtsmonat. Gegenüber dem Vorjahresmonat verringerte sich die Arbeitslosigkeit um 20 559 Personen (–14,5 Prozent).

REINHARD WEGELIN
POLITIK.CH

Die Jugendarbeitslosigkeit (15- bis 24-Jährige) erhöhte sich um 375 Personen (+2,1 Prozent) auf 18 085. Im Vergleich zum Vorjahresmonat entspricht dies einem Rückgang um 3861 Personen (–17,6 Prozent).

Stellensuchende im November 2011

Insgesamt wurden 177 681 Stellensuchende registriert, 8490 mehr als im Vormonat. Gegenüber der Vorjahresperiode sank diese Zahl damit um 29 034 Personen (–14,0 Prozent).

Gemeldete offene Stellen im November 2011

Die Zahl der bei den RAV gemeldeten offenen Stellen verringerte sich um 1355 auf 17 395 Stellen.

Abgerechnete Kurzarbeit im September 2011

Im September 2011 waren 3981 Personen von Kurzarbeit betroffen, 1467 Personen mehr (+58,4 Prozent) als im Vormonat. Die Anzahl der betroffenen Betriebe erhöhte sich um 96 Einheiten (+32,3 Prozent) auf 393. Die ausgefallenen Arbeitsstunden nahmen um 61 172 (+46,4 Prozent) auf 192 923 Stunden zu. In der entsprechenden Vorjahresperiode (September 2010) waren 506 473 Ausfallstunden registriert worden, welche sich auf 9335 Personen in 1171 Betrieben verteilt hatten.

Aussteuerungen im September 2011

Gemäss vorläufigen Angaben der Arbeitslosenversicherungskassen belief sich die Zahl der Personen, welche ihr Recht auf Arbeitslosenentschädigung im Verlauf des Monats September 2011 ausgeschöpft hatten, auf 2881 Personen.

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

20 Mio. Franken für Protonen-Forschungs- und Therapieanlage

Diese Woche bewilligte der Kantonsrat einen Beitrag von 20 Mio. Franken aus dem Lotteriefonds an das Paul Scherrer Institut für die Erweiterung der Protonen-Forschungs- und Therapieanlage. Zudem stand ein Begnadigungsgesuch zur Debatte und ein Postulat betreffend Entlassungen beim Reinigungspersonal.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Unter den verschiedenen Strahlenbehandlungen in der Krebstherapie kommt der Behandlung mit Protonen in neuerer Zeit eine besondere Bedeutung zu: Gegenüber konventionellen Methoden weist sie in verschiedenen Anwendungsbereichen wesentliche medizinische Vorteile auf, insbesondere dann, wenn bei der Behandlung höchste Präzision der Strahlendosierung und -fokussierung auf den Krankheitsherd notwendig ist. Die schweizweit einzige Anlage zur Durchführung von Protonenstrahlentherapien befindet sich am Paul Scherrer Institut (PSI) in Villigen, wo die Technik der Protonenstrahlentherapie massgeblich mitentwickelt wird. Sie umfasst derzeit zwei Behandlungseinheiten (sogenannte Gantries). Bisher sind die Zweckmässigkeit und die wirtschaftliche Vertretbarkeit der Therapie erst bei wenigen Tumorbefunden wissenschaftlich gesichert. Bei weiteren Tumorarten ist der medizinische Vorteil der Protonenstrahlentherapie noch nicht hinreichend abgeklärt und Gegenstand intensiver klinischer Forschung am PSI. Um in der Forschung rasch weitere Fortschritte zu erzielen, muss auch die Behandlungskapazität gesteigert werden, da grundsätzlich jede Behandlung zur Vervollständigung bisheriger und zum Gewinn neuer Erkenntnisse beiträgt. Zu diesem Zweck planen die Universität Zürich und das Universitätsspital Zürich gemeinsam mit dem PSI den Bau und den Betrieb einer zusätzlichen Behandlungseinheit, einer dritten Gantry. Für dieses Vorhaben ersuchen die drei Institutionen um einen Förderbeitrag von 20 Mio. Franken aus dem Lotteriefonds des Kantons Zürich. **Theres Weber-Gachnang** (SVP, Uetikon am See) stellte im Rat klar, dass die Protonentherapie eine wertvolle Errungenschaft der Forschung sei, denn im Gegensatz zur herkömmlichen Bestrahlung sei diese Krebstherapie weitgehend frei von Nebenwirkungen. Dies erlaube auch die Bestrahlung von Kindern oder von Tumoren an heiklen Stellen – z.B. in der Nähe wichtiger Organe. Mit 20 Jahren Erfahrung in der Onkologie wisse sie, dass in der Schweiz jedes Jahr über 35 000 Personen an Krebs erkranken und über 15 000 Personen daran sterben würden. Darum wäre es sehr wichtig, die Protonentherapie im klinischen Bereich mehr Menschen zugänglich zu machen. Denn das PSI sei ein Forschungsinstitut und kein klinisches Zentrum. Darum müsse der Regierungsrat die Zusammenarbeit mit der privaten Klinik in Galgenen (am oberen Zürichsee), die kurz vor der Verwirklichung stehe, ebenfalls vertiefen. Der Kantonsrat bewilligte den Beitrag mit 149 zu 22 Stimmen.

Reinigungspersonal

Mit einem dringlichen Postulat wollten SP, Grüne und EVP die im Jahr 2005 beschlossene Sparmassnahme zur Auslagerung des Reinigungspersonals weiter verzögern. **Matthias Hauser** (SVP, Hüntwangen) stellte klar, dass die Entlassung des kantonalen Reinigungspersonals gerechtfertigt sei, da ein grosszügiger Sozialplan mit einer Frist von fünf Jahren und Abfindungen bis zu 60 000 Franken geschaffen wurden. Zudem sei die Massnahme seit sechs Jahren pendent. Die sozialen Folgen von solchen Massnahmen zur Sanierung der Kantonsfinanzen hätten alle Kantonsräte und die Regierung zu verantworten, welche nur allzu oft unter dem Amtsjahr neue Gesetze, neue Aufgaben und somit neue Ausgaben beschliessen würden. Der Kanton werde dadurch über den Verhältnissen betrieben und nur darum komme es zu solchen Folgen. Der Rat lehnte das dringliche Postulat ab.

Begnadigung

Mit einem Begnadigungsgesuch versuchte ein Zürcher, der im Jahr 2003 in Thailand mit 8500 Yaba-Pillen verhaftet wurde, um frühzeitige Entlassung (siehe Kommentar von Jacqueline Hofer). Die vorberatende Justizkommission stellte den Antrag auf Ablehnung des Gesuchs, da mit der schwerwiegenden Straftat viele junge Menschenleben in Gefahr standen. **Jacqueline Hofer** (SVP, Dübendorf) stellte im Rat klar, dass die Begnadigungspraxis im Kanton Zürich äusserst zurückhaltend angewendet werde. Es gebe keinen Rechtsanspruch auf Begnadigung und gemäss Recherchen habe es noch nie eine Begnadigung eines Schweizer Straftäters durch die Schweiz gegeben, der im Ausland wegen Drogenbesitzes verurteilt wurde. **Hans-Peter Amrein** (SVP, Küsnacht) betonte, dass eine einzige dieser Yaba-Pillen ein Leben zerstören könne, aus diesem Grund sei das Strafmass gerechtfertigt. **Lorenz Habicher** (SVP, Zürich) betonte die Pervertierung, dass mit Steuergeldern solche Pillen für die Konsumenten geprüft und die Dealer nun auch noch mit Samthandschuhen angefasst würden. Der Kantonsrat lehnte das Gesuch ab.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Keine Gnade für Drogenkurier

JACQUELINE HOFER
KANTONSRÄTIN SVP
DÜBENDORF

Das Begnadigungsgesuch eines Drogenkuriers wurde mit 97 zu 72 Stimmen entgegen der regierungsrätlichen Empfehlung im Zürcher Kantonsrat abgelehnt. Der Gesuchsteller, ein 43-jährige Zürcher, wurde 2003 in Thailand verhaftet und danach vom Kriminalgericht Radschadan wegen illegalen Besitzes von 8500 Yaba-Pillen zum Verkauf und zum versuchten Export zu einer Freiheitsstrafe von 25 Jahren verurteilt. In der Funktion als Präsidentin der zuständigen beratenden Subkommission habe ich das vorliegende Gesuch detailliert geprüft. Daraufhin wurde das Geschäft in der Justizkommission eingehend beraten und dem Kantonsrat des Zürcher Standes mehrheitlich zur Ablehnung empfohlen. Das Obergericht führte nachvollziehbar aus, dass es sich bei dem vom Gesuchsteller verübten Drogendelikt um einen schweren Fall im Sinne von Art. 19. Ziff. 2 lit BetmG gehandelt hat. Demnach liegt das in der Schweiz höchsten zulässige Strafmass für eine entsprechende Straftat bei 20 Jahren (vgl. Art. 19. Abs. 1 BetmG in Verbindung mit Art. 40 St.GB). Laut Fachärzten für Suchtmedizin ist das Thai-Amphetamin (Yaba) die gefährlichste Droge auf dem Markt. Im Jahr 2009 wurden in der Schweiz knapp 43 000 Metamphetamin-Pillen sichergestellt. Dies belegt die kriminelle Energie des Gesuchstellers der rund 8500 Yaba-Pillen, eine erhebliche Menge, in der Schweiz auf den Markt bringen wollte. Laut Schweizer Polizei-, Straf- und Gesundheitsbehörden lassen sich heute mit dem Handel von Yaba-Pillen viel höhere Gewinnmargen erzielen als beim Kauf von Kokain. Die thailändischen Behörden haben den verurteilten Schweizer Straftäter durch den zweimaligen Teilerlass der Strafe auf 19 Jahre, 5 Monate und 10 Tage und die Überstellung in die Schweiz bereits mehrmals begünstigt. Also ein Wechsel vom «Bangkok Hilton» in ein renommiertes 5-Sterne-Hotel in der Schweiz. «Man könne im legendären Knast von Bangkok genannt auch ‹Bangkok Hilton› gut leben» so hätten er und ein weiterer Zürcher Mitinsasse den Aufenthalt im thailändischen Gefängnis in einem Artikel cool und aufgestellt beschrieben. Der Kollege ziehe sogar den Verbleib im thailändischen Gefängnis der Haft in der Schweiz vor. Der Gesuchsteller selbst wird nun seine Reststrafe bis Juli 2016 in der Heimat absitzen. Gegenwärtig befindet er sich in Halbgefangenschaft auf einem Bauernhof. Warum wurde die Begnadigung abgelehnt? Der Gesuchsteller hat sich einem sehr schweren Delikt schuldig gemacht. Er war sich der Konsequenzen bewusst, hat es in Kauf genommen, andere gesundheitlich massiv zu gefährden. Zudem ist der Gesuchsteller kein unbeschriebenes Blatt. Er geriet immer wieder mit dem Gesetz in Konflikt, zog aber nie die notwendigen Konsequenzen daraus. Vor allem gilt es, die thailändische Strafsprechung und den Staatsvertrag mit dem Königreich Thailand zu respektieren. Eine Begnadigung hätte das Signal gesetzt, dass Schweizer Drogenkuriere, die im Ausland verurteilt werden in der Schweiz begnadigt würden. Auch würde ein solcher Entscheid massive Auswirkungen auf inskünftige Überstellungen und Urteilssprechungen aus dem Ausland haben. Der Kantonsrat hat richtig entschieden. Dennoch bleibt ein fahler Nachgeschmack. Die bagatellisierenden Schlussworte des Justizdirektors bei einem derart schweren Delikt: «Die 176 Franken, die wir für den Gesuchsteller bezahlen, könnten wir anderswo besser gebrauchen.» Eine Verharmlosung eines solch schweren Deliktes ist nicht akzeptierbar.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… ein dringliches Postulat betreffend Massenentlassungen beim Reinigungspersonal abgelehnt. ☺

… einen Beitrag von 20 Mio. Franken aus dem Lotteriefonds an das Paul Scherrer Institut für die Erweiterung der Protonen-Forschungs- und Therapieanlage bewilligt. ☺

… ein Begnadigungsgesuch abgewiesen. ☺

5. Dezember 2011

MEDIENMITTEILUNG ZUM BEHÖRDENREFERENDUM GEGEN DAS VERKEHRSABGABENGESETZ (VAG)

Keine neuen Öko-Steuern – SVP ergreift Referendum gegen das Verkehrsabgabengesetz

Unter dem Deckmantel einer saldoneutralen ökologischen Lenkungsabgabe verabschiedete der Kantonsrat am vergangenen 28. November 2011 ein neues Verkehrsabgabengesetz (VAG). Die SVP lehnt die Einführung einer neuen Öko-Steuer ab und reichte heute zusammen mit der EDU-Fraktion das Behördenreferendum gegen das neue Verkehrsabgabengesetz ein.

svp. Die SVP lehnt es ab, dass die Mehrheit der Motorfahrzeughalter bestehend aus Familien und Gewerbetreibenden durch das progressiv ausgestaltete Abgabengesetz erheblich stärker belastet werden soll, als dies unter der alten Gesetzgebung der Fall war.

Dabei verfehlt das Gesetz die beabsichtigte (ökologische) Lenkungswirkung, weil für die Mehrheit der Motorfahrzeughalter finanziell keine Möglichkeit besteht, in kurzer Frist neue, ökologisch effizientere Motorfahrzeuge anzuschaffen. Für die Gewerbetreibenden im Kanton Zürich bedeutet das neue VAG ein Wettbewerbsnachteil im Vergleich mit den anderen Kantonen. Die fehlende Lenkungswirkung des neuen VAG führt weiter dazu, dass das Gesetz nicht saldoneutral ist. De facto wird eine neue Öko-Steuer geschaffen. Die Schaffung neuer Steuern lehnt die SVP in aller Deutlichkeit ab und verweist auf die Öko-Steuern LSVA, VOC- und CO_2-Abgaben, welche bereits auf Bundesebene eingeführt wurden.

Der Kanton Zürich steht in den kommenden Monaten und Jahren vor grossen wirtschaftlichen Herausforderungen. Die Konjunkturaussichten verschlechtern sich zunehmend. In dieser Situation ist es unverantwortbar, die Mehrheit der privaten und gewerblichen Motorfahrzeughalter durch eine zusätzliche Öko-Steuer noch weiter zu belasten.

PISA-STUDIE 2009

Katzenjammer und PISA-Ergebnisse

SAMUEL RAMSEYER
BILDUNGSRAT SVP
NIEDERGLATT

Man kann die Ergebnisse der PISA-Studie 2009 drehen und wenden wie man will: Die Schüler und Schülerinnen (SuS) des Kantons Zürich schneiden im Vergleich mit den anderen 13 Kantonen, die individuell ausgewertet wurden, mässig ab. Rund 20 Prozent der SuS erreichen am Ende der obligatorischen Schulzeit die Minimalziele im Lesen und in der Mathematik nicht. Im Mittelfeld bewegen sich die Ergebnisse auch dann noch, wenn die SuS mit Migrationshintergrund, herausgerechnet sind. Im Lichte der Ergebnisse werden verschiedene Massnahmen ins Auge gefasst, welche vor allem den SuS der Risikogruppe zu besseren Ergebnissen verhelfen sollen. Keiner der Kommentatoren, macht sich nur einen Gedanken zum Verhalten / zur Einstellung der sogenannten Risikogruppe. Das Ergebnis dient den verschiedenen Bildungsakteuren vielmehr dazu, den Staat erneut in die Verantwortung zu nehmen. Es wird verpasst, die – vielleicht bildungsunwilligen – Risikogruppe, in die Pflicht zu nehmen. Wer sich als Teilnehmer/-in unseres Schulsystems während neun Jahren nicht die notwendigen Basiskompetenzen aneignen will, hat m.E. auch keinen Anspruch auf zusätzliche Förderung.

Neugier ist bekanntlich die Triebfeder des Lernens. Wer neugierig ist und etwas erreichen will, wird sich die nötigen Kenntnisse dazu aneignen. Eine der vielen Motivationstheorien geht davon aus, dass Nutzen und Erreichbarkeit die entscheidenden Faktoren der Motivation sind. Je grösser der erwartete Nutzen einer Ausbildung für das spätere Leben ist und je erreichbarer (mit vernünftigem Aufwand) ein Ziel, eine Fähigkeit eine Fertigkeit ist, desto grösser ist die Motivation, sich auf mit einem Lerninhalt auseinanderzusetzen. Wäre es nicht an der Zeit, über die Lehrpläne nachzudenken, welche offenbar bei einem Teil der SuS zu einer Überforderung führen, welche die Lust am Lernen beeinträchtigt?

Auch die Ausbildung der Lehrpersonen ist zu überdenken. Es ist noch nicht allzu lange her, da erfolgte diese stufenspezifisch. Aus der Erkenntnis heraus, dass nicht alle SuS über den gleichen Leisten geschlagen werden können, wurden didaktische Konzepte und Lehrpläne entwickelt und ausgebildet, die der Leistungsfähigkeit der verschiedenen Schülergruppen gerecht wurden. Es stellt sich zudem die Frage, ob favorisierte Unterrichtsverfahren – wie zum Beispiel «Selbstorganisiertes Lernen» einen Teil der SuS nicht einfach überfordern. Ein von Lehrpersonen interessant dargebotener Stoff, vermag vermutlich eher das Interesse zu wecken, als eine komplexe Problemstellung, welche kaum begriffen wird.

Individualisierung ist eines der Schlagworte im Zusammenhang mit Bildung. Hier sind wir m.E. ebenfalls an einer Grenze angelangt. Bereits heute wird mit enormem personellem und damit auch finanziellem Aufwand versucht, den leistungsschwächeren Schülern mit Stütz- und Förderunterrichten zu helfen. Nun soll auch noch der institutionalisierte Einsatz von «Assistenzlehrpersonen» geprüft werden. Ich bin mir nicht sicher, ob diese Entwicklung in der Tendenz nicht dazu führen wird, dass die «Normalbegabten» noch weniger Unterstützung erfahren und unser Schulsystem ein weiteres Mal geschwächt wird.

Erfolgsfaktor Nummer 1 einer guten Schule sind engagierte Lehrpersonen, die ihren Beruf mit Begeisterung ausüben. Diese gilt es zu stärken. Es muss uns gelingen, dafür zu sorgen, dass Unterrichten und Erziehen – Pädagogik eben und nicht Coaching oder Lernbegleitung – wieder ins Zentrum der des Berufsverständnisses gerückt wird. Frei und unbelastet von allzu vielen Vorgaben durch die Schulleitungen. Zudem darf der Beruf nicht zu einem Job verkommen, der im Sinne des Nebenerwerbs ausgeübt wird. Die Schulpflegen sind aufgerufen, die Pensen so zu gestalten, dass die Lehrperson auch als Teil der Schule wahrgenommen wird.

Nüchtern bleibt festzuhalten: Trotz neuem Volksschulgesetz, neuer Lehrerbildung, integrativem Unterricht, Schulleitern, operativ tätigen Schulpflegen und weiterem mehr, hat sich die Leistungsfähigkeit der Zürcher Volksschule – am Ergebnis gemessen – nicht verbessert.

LESERBRIEFE

Themenwahl bei der SVP

Mit Interesse und einer gewissen Besorgnis habe ich den Leserbrief von Stephan Amacker «Hat die SVP ihren Zenit überschritten» gelesen.

Dieser zeigt das wahre Problem auf: Egal welche Themen die SVP besetzt, die linken Journalisten werden alles zu Gunsten der Sozialisten darstellen – und zwar so gut, dass es bald alle glauben. Ich bin auch der Meinung, dass man Themenwahl und Themenbreite immer neu überdenken sollte – das macht jeder geschickte Unternehmer auch, nur ist es eben ratsam, sich nicht zu verzetteln – die Folgen kann man an der FDP genau studieren. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht auf die linke Propagandamaschinerie hereinfallen und unsere seriöse Parteiarbeit stören lassen. Es muss uns klar werden, dass wir bereits in einem sozialistischen Staat wohnen. Die angedrohte Übernahme von sozialistischem EU-Recht und der damit verbundene Verlust der Souveränität ist bereits Tatsache. Unser Staatsradio darf ungestraft erzählen, dass wenn man den 300 reichsten Leuten alles wegnähme, dann könne jeder Schweizer eine Gratifikation von 60 000 CHF haben.

Lieber Herr Amacker, wenn Freiheit, Unabhängigkeit und Schutz des Privateigentums öffentlich derart mit Füssen getreten werden und niemand widerspricht, dann leben wir in einem sozialistischen Land und dann müssen wir uns nicht mehr darüber unterhalten, welche Themen die SVP besetzen soll.

Johann Widmer, Zürich

Manipulation der Öffentlichkeit: Stimmungsmache gegen Therapien

Kürzlich konnte man in den Medien Artikel mit Titeln wie «Chindsgi-Schüler: 30 Prozent sollen in die Therapie» finden, die dem Leser eine massive Zunahme von Therapien suggerierten. Dies ist falsch und irreführend. Erstens sind Abklärungen und Reihenuntersuchungen im Kindergarten keine Therapien, sondern dienen in erster Linie der Prävention, weil frühe Massnahmen, die grössten Erfolgschancen für Therapien bieten. Zweitens führt nicht jede Abklärung zu einer Therapie. Im Durchschnitt besuchen in der Stadt Zürich zirka 5 Prozent aller Schüler Therapien. Dieser Prozentsatz ist seit Jahren gleich geblieben und liegt deutlich unter den kantonal festgelegten Maximalzahlen.

Der angebliche Zuwachs von Therapien in den letzten Jahren ist auf folgende Ursachen zurückzuführen: Mit dem Inkrafttreten der NFA vom 1.1.2008 hat der Bund die IV-Abklärungsstellen für Logopädie aufgehoben und die Zahlungen eingestellt. Bisher private Therapien (auch diejenigen der Privatschulen) und Kosten mussten nun von den Kantonen bzw. den Schulen übernommen werden. Jedes Mal wenn der Bund Subventionen streicht, wird in den Medien von einem Kostenschub gesprochen (siehe Krankenkassen), dabei hat Bundesbern die Einnahmen gekürzt. Die Schliessung von Sonderschulen, Kleinklassen, Sprachheilkindergärten usw. im Rahmen der sogenannten Integration mit ihren spezialisierten Pädagogen hat ebenfalls zu einer Verschiebung geführt. Die Klassenlehrer können diese Spezialisten nicht ersetzen, weil ihre Zeit pro Kind in den nun sehr heterogenen Klassen beschränkt ist und sie nicht spezialisierte Erfahrungen auf allen Gebieten haben können.

Wenn ernste Sprach- und Verständnisschwierigkeiten nicht in den ersten Schuljahren behoben werden können, wird das Lernen in sämtlichen Fächern behindert. Die Chancen für eine Berufslehre sind minim, für eine Gewalt- oder Drogenkarriere und eine IV-Jugendrente jedoch erheblich. Langfristig betrachtet sind Therapien und Prävention bei weitem die kostengünstigere Variante.

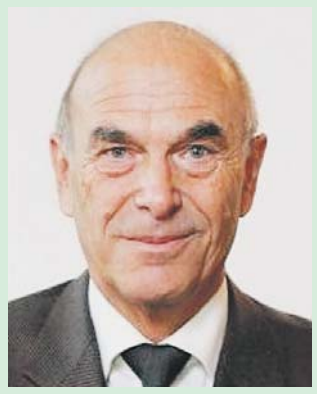
Peter Aebersold, Zürich

Budgets: Gebühren als versteckte Steuern verbieten

Kennen Sie das Kostendeckungsprinzip, das besagt, dass der Gebührenindex 100 Prozent nicht übersteigen darf? Als Finanzvorstand muss und will ich das kennen. Und da stosse ich mich an der Tatsache, dass der Kanton Zürich bei den Gebühren aus dem Strassenverkehrsamt einen Index von 137 Prozent zeigt und hier mit an der Spitze liegt, siehe neuer Fachbericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung zu Gebührenfinanzierung. Der Gebührenindex entspricht dem Gesamtertrag aus staatlicher Gebührenerhebung geteilt durch die Kosten. Die vom Zürcher Strassenverkehrsamt erhobenen Gebühren übersteigen somit zu rund einem Drittel die verbuchten administrativen Kosten. Das entspricht einer versteckten Steuer, was ich am liebsten verbieten würde. Zumindest ist darauf der Mahnfinger zu halten. Die Budgets in unseren Limmattaler Gemeinden sind durch die Gemeindeversammlungen oder Stadtparlamente gelaufen samt Gebührenhaushalte, die insbesondere die Wasser-, Abwasser- und Abfallgebühren betreffen. Die Finanzvorstände hatten alle Transparenz zu zeigen, da schliesse ich mich mit ein. Der Kanton kennt diverse weitere Gebührenhaushalte, das Strassenverkehrsamt ist nur eines. Es gilt dem Kanton auf die Finger zu schauen, der Kantonsrat ist gefordert. Die Gebühren des Staates sind schwer zu durchschauen, umso genauer muss man hinschauen. Mit der obigen Kenntnis fällt mir die Bezahlung der Verkehrsabgabe Ende Jahr nun zwar nicht doppelt, aber doch zu einem Drittel schwer.

Diego Bonato, Aesch ZH

BAUREKURSGERICHT



Am 24. November 2011 wurde **Felix Hess** (SVP, Mönchaltorf) zum Gerichtspräsidenten der 1. Abteilung gewählt, welche für die Geschäfte der Bezirke Zürich und Dietikon (örtliche Zuständigkeit) sowie für den Grunderwerb durch Personen im Ausland zuständig ist (sachliche Zuständigkeit). Wir wünschen dem ehemalige Kantonsrat (1995–2011) viel Erfolg in diesem ehrenvollen Amt.

VEREIN «FÜR AKTIVE SENIOREN»

Bericht über den Chlaushöck

Am 1. Dezember trafen sich bei sonnigem spätherbstlichem Wetter gegen 70 Mitglieder und Gäste im Muggenbühl zum traditionellen Chlaushöck.

THEO TOGGWEILER
PRÄSIDENT
VEREIN «FÜR
AKTIVE SENIOREN»

Die starke Teilnahme dürfte auf das interessante und aktuelle Thema zurückzuführen sein. Als Referent stellte sich Herr Professor Dr. Hans Geiger freundlicherweise zur Verfügung, dies mit seinem Thema «Euro, Schweizer Franken und die Schweiz». Der Referent hat nicht nur langjährige Erfahrung in leitender Tätigkeit bei einer Grossbank, sondern auch als Direktor des Instituts für schweizerisches Bankwesen an der Universität Zürich, wo er viele Jahre auch als akademischer Lehrer tätig war.

Der Einstieg zum Thema der derzeitigen internationalen Finanzkrise begann mit dem Hinweis: es ist eine «Schuldenkrise». Vor vier Jahren begann es in den USA mit der zu hohen Fremdfinanzierung von Einfamilienhäusern, die den Käufern zu teuer waren und verkauft werden mussten. Dabei wurden Banken illiquid und dann wurde der Staat zur Finanzierung gebeten. Zu beachten wäre, dass bis 1978 der Dollar und vor allem auch der Schweizer Franken mit Gold gedeckt war und als der IWF Internationale Währungsfonds gegründet wurde, erachtete man die Golddeckung nicht mehr als nötig. Das führte letztlich dazu, dass nicht nur die Staatsbanken Geld drucken können. Und wenn dem Staat Geld zur Verfügung steht, kann es auch leicht ausgegeben werden.

Beim Euro war man 2000 sehr vorsichtig bei der Geldausgabe. Die 17 Eurostaaten akzeptierten strenge Vorschriften in Sachen Vergrösserung des Geldumlaufes sowie Verschuldung im Verhältnis zu den jährlichen Staatsausgaben. Offensichtlich gingen die Länder leichtfertig darüber hinweg. In der Schweiz haben wir zum Glück die Staatsausgaben im Griff. Dies dank strengen Vorschriften mit einer Schuldenbremse und Parlamentsbeschluss für den Jahresetat bei Bund und Kantonen. Ein Teil des Schweizer Goldes ist derzeit noch in den USA (Fort Knox) gelagert und der Referent empfiehlt, dass man dieses so rasch wie möglich zurückholt. Die Geschichte mit Griechenland und Italien kennen wir aus den Medien; Spanien und Portugal kommen vielleicht noch dazu. Die Schulden sind ein Problem. – Eine Schwierigkeit könnte auch sein, dass der Euroraum aus 17 Ländern und einzelnen Volkswirtschaften besteht.

Eine Lösung wird sein, dass die betroffenen Staaten auf Sparkurs gehen und einen Schuldenabbau vornehmen, finanziert von den kapitalstärkeren Staaten. Ob es im Euroland und Umgebung als Folge eine Inflation geben wird, kann man nicht generell voraussagen. Ein Lernstück für alle ist, dass Staaten nicht beliebig über die Verhältnisse leben dürfen. Wir danken dem Referenten für sein interessantes und instruktives Referat. An einer a.o. GV wurde am gleichen Anlass vorab ein neues Mitglied einstimmig in den Vorstand gewählt. Wir danken Herr Prof. Dr. Hans-Ueli Vogt, Kantonsrat, für seine Bereitschaft bei uns mitzuwirken.

NEUES EINBÜRGERUNGSGESETZ KANTON ZÜRICH

Dilemma
Nach dem Willen des Volkes müssten wir ihn ausschaffen, nach dem neuen Bürgerrechtsgesetz einbürgern

Karikatur von Emil Grabherr, Weggis

Wir kaufen

Mehrfamilienhäuser, Abbruchobjekte, Bauland und Villen

Angebote an:
Konrad Gadient,
Postfach 311,
8501 Frauenfeld
052 720 34 35 – 079 207 49 80,
konrad.gadient@bluewin.ch

NEU:
airflow
Das Bett, das atmet.

ZOLLINGER + CO AG
Hardhofstrasse 15, 8424 Embrach
Telefon: 044 869 10 75
www.rafzerfeld.com

Die schönsten Opern in Dresden, Breslau und Berlin

Reisedatum:
Sa 10.03.–Sa 17.03.2012

«Wo viel geboten wird, erlebt man auch viel.»
Unter diesem Motto organisiert Twerenbold begleitete Musikreisen mit zahlreichen kulturellen und musikalischen Höhepunkten. Diese Reiseformel ermöglicht Ihnen viel individuellen Spielraum, ohne dabei auf organisierte Musikanlässe sowie gesellschaftliche Kontakte verzichten zu müssen.
Gleich zu Beginn unserer Reise erleben Sie gemeinsam mit dem internationalen Sängerensemble der Semperoper Dresden und der Sächsischen Staatskapelle leidenschaftliche Arien, mitreissende Duette, grosse Ensembles und weitere musikalische Höhepunkte.
Im wunderschönen Ambiente des Opernhauses Breslau erwartet Sie Verdis beliebte Oper «La Traviata».
Zum krönenden Abschluss wird Sie Weltstar Rolando Villazón in Donizettis «Der Liebestrank» begeistern.

Rolando Villazón als Nemorino in «Der Liebestrank»

Unser Musikprogramm

Semperoper Dresden
«Dresdner Operngala»
Werke von U. Giardino, G. Puccini, R. Leoncavallo usw.

Oper Breslau
«La Traviata»
Oper von Giuseppe Verdi

Staatsoper Berlin
im Schiller Theater
«Der Liebestrank»
Oper von Gaëtano Donizetti

Ihr Reiseprogramm

1. Tag, Sa 10. März: Schweiz–Dresden.
Fahrt via Bregenz, Nürnberg nach Dresden. Zimmerbezug und Abendessen im gebuchten Hotel.

2. Tag, So 11. März: Dresden.
Das Stadtbild Dresdens wird geprägt von historischen Baudenkmälern wie der Semperoper, der Frauenkirche, der Hofkirche und dem Zwinger, einer kunstvollen Barockanlage, in der sich heute mehrere Museen befinden. Aufgrund der stilvollen Neugestaltung während des 18. Jahrhunderts wird Dresden auch als Florenz des Nordens bezeichnet. Unter kundiger Führung lernen wir die bewegte Geschichte und die Sehenswürdigkeiten der Residenzstadt kennen. Nachmittag zur freien Verfügung für individuelle Besichtigungen. Am Abend erwartet uns folgendes Programm in der Semperoper:

Semperoper Dresden, 18.00 Uhr
«Dresdner Operngala» – Auszüge aus den schönsten italienischen Opern des Verismo
Werke von U. Giardino, G. Puccini, R. Leoncavallo usw.
Musikalische Leitung: Maurizio Benini
Orchester: Sächsische Staatskapelle Dresden

3. Tag, Mo 12. März: Dresden–Bunzlau–Breslau. Am Morgen fahren wir nach Bunzlau, das durch die weitgehend geschlossene Barock-Bebauung des Marktplatzes besticht. Weit bekannter jedoch ist die charakteristische weiss-blaue Stempelkeramik, die in der Stadt hergestellt wird. Geführte Besichtigung einer Keramikmanufaktur. Weiterfahrt nach Breslau, Zimmerbezug und Abendessen im gebuchten Hotel.

4. Tag, Di 13. März: Breslau.
Die Hauptstadt Niederschlesiens ist eine der ältesten und schönsten Städte in Polen. Sein einzigartiges Flair verdankt Breslau der bevorzugten Lage an der Oder, gebaut zwischen zahlreichen Kanälen, Oder-Flussarmen und einigen Dutzend Inseln, die durch 112 Brücken miteinander verbunden sind. Auf einer geführten Stadtbesichtigung entdecken wir das Breslauer Rathaus, eines der schönsten gotischen Gebäude Mitteleuropas, den lebendigen Marktplatz, die historische Dominsel und viele weitere Sehenswürdigkeiten.

5. Tag, Mi 14. März: Ausflug Niederschlesien.
Fahrt nach Jauer. Die in schlichtem Fachwerk gehaltene Friedenskirche ist Unesco-Weltkulturerbe und entfaltet im Innern eine barocke Pracht mit bunt bemalten Galerien, einer ornamentalen Decke und einem vergoldeten Altar. Danach fahren wir weiter nach Liegnitz. Kurze Führung im historischen Stadtkern und Mittagspause. Am Nachmittag besichtigen wir das Zisterzienserkloster Leubus. Der heutige barocke Klosterbau war zur Zeit seiner Entstehung im 17. Jh. der grösste auf dem Kontinent. Frühes Abendessen im Hotel und Besuch des wunderschön restaurierten Opernhauses Breslau:

Oper Breslau, 19.00 Uhr
«La Traviata» – Oper in 3 Akten von Giuseppe Verdi
Musikalische Leitung: Ewa Michnik

6. Tag, Do 15. März: Breslau–Berlin.
Fahrt via Cottbus nach Berlin. Zimmerbezug und frühes Abendessen im gebuchten Hotel. Im Schiller Theater Berlin erwartet uns ein grossartiger musikalischer Höhepunkt:

Staatsoper Berlin im Schiller Theater, 19.30 Uhr
«Der Liebestrank» – Opera buffa in 2 Akten von Gaëtano Donizetti
Musikalische Leitung: Antonello Allemandi
Inszenierung: Percy Adlon
Adina: Anna Samuil
Nemorino: Rolando Villazón

7. Tag, Fr 16. März: Berlin.
Berlin vereint modernes Grossstadtleben und Geschichte wie kaum eine andere Stadt. Unzählige Museen, Galerien und Einkaufsmöglichkeiten laden zum Verweilen ein. Auf einer Stadtrundfahrt sehen wir die wichtigsten Sehenswürdigkeiten, wie zum Beispiel den Berliner Dom, Unter den Linden, den Schlossplatz, das neue Regierungsviertel, Checkpoint Charlie, die Überreste der Mauer und vieles mehr. Nachmittag zur freien Verfügung für individuelle Besichtigungen und Shopping.

8. Tag, Sa 17. März: Berlin–Schweiz.
Rückfahrt via Leipzig, Nürnberg, Ulm zurück zu den Einsteigeorten. *Programmänderungen vorbehalten.*

Ihre Hotels

Wir logieren 2 Nächte in Dresden, 3 Nächte in Breslau und 2 Nächte in Berlin in ausgewählten Hotels: mit dem Komfort-Fernreisebus in guten Mittelklasshotels; mit dem Königsklasse-Luxusbus in Erstklasshotels. Alle Hotels verfügen über modernen Komfort (Bad oder Dusche/WC, Sat-TV, Direktwahltelefon).

Veranstalter dieser Reise:
Twerenbold Reisen AG, Baden-Rütihof
Info- & Buchungs-Telefon 056 484 84 84
oder www.twerenbold.ch

Internet Buchungscode: imm17d

Reisen in guter Gesellschaft
TWERENBOLD

Preise pro Person Fr.	Katalog-Preis	Sofort-Preis
8 Tage im Komfortklasse-Bus Unterkunft in guten Mittelklasshotels	1330.–	1195.–
8 Tage im Königsklasse-Luxusbus Unterkunft in Erstklasshotels	1895.–	1695.–

Sofort-Preis garantiert bis 16. Januar 2012

Unsere Leistungen

- Fahrt mit KÖNIGS KLASSE-*Luxusbus* bzw. modernem Komfortklasse-Bus
- Unterkunft in der entsprechenden Hotelkategorie, Basis Doppelzimmer
- Alle Zimmer mit Bad oder Dusche/WC
- Mahlzeiten:
  – tägliches Frühstücksbuffet
  – 4 x Abendessen im Hotel
- Musikprogramm
  – «Dresdner Operngala», Semperoper, mittlere Kat.
  – «La Traviata», Oper Breslau, mittlere Kat.
  – «Der Liebestrank», Schiller Theater Berlin, mittlere Kat.
- Alle aufgeführten Ausflüge und Besichtigungen
- Stadtbesichtigungen in Dresden, Breslau und Berlin
- Geführte Besichtigung Keramikmanufaktur Bunzlau
- Ganztägige Reiseleitung am 5. Tag
- Eintritte Friedenskirche Jauer und Kloster Leubus
- Erfahrener Reisechauffeur

Nicht inbegriffen	Fr.
Einzelzimmerzuschläge	
– in Komfortklasse	210.–
– in Königsklasse	270.–
Kartenzuschläge (pauschal für 3 Vorstellungen):	
– gute Kategorie	60.–
– sehr gute Kategorie	120.–
Annullierungskosten- & Assistance Versicherung	49.–

Auftragspauschale
Unsere Auftragspauschale von Fr. 20.– pro Person entfällt für Mitglieder im Excellence-Reiseclub oder bei Buchung über www.twerenbold.ch.

Abfahrtsorte
Burgdorf P, Basel, Aarau, Baden-Rütihof P, Zürich-Flughafen P, Winterthur, Wil P

Die Dresdner Semperoper

Das Opernhaus Breslau

Der Breslauer Marktplatz

Fadegrad

Parkinson

VON ROLF A. SIEGENTHALER

Einmal mehr erweist sich der Tages-Anzeiger als zuverlässiger Quell zur Darstellung des täglichen Irrsinns. Diesmal gehen wir dem Interview des Tagi vom 5.12.11 mit dem Stadtzürcher Finanzvorstand Martin Vollenwyder auf den Grund. Der Herr Stadtrat versucht uns da zu erklären, warum die Stadtverwaltung in den letzten 8 Jahren um 10 Prozent bzw. um 1700 Stellen gewachsen ist. Es sei nämlich so, dass auch die Bevölkerung der Stadt um 27 000 gewachsen sei, was 7 Prozent entspricht. Demzufolge müssten auch sämtliche Leistungen der Stadtverwaltung ausgebaut werden. Das tönt logisch. Ein Beispiel soll das Gesagte veranschaulichen. Herr Vollenwyder sagt, dass bei einer Spende von Fr. 100 zirka 10 Fr. in die Werbung und Administration flössen und nur 90 Fr. an das Kind mit traurigen Augen auf dem Motivationsplakat des Hilfswerks. Also sollten wir uns offenbar besser fühlen, wenn mit unseren Steuern 10 Prozent mehr Leute in der Verwaltung ein Auskommen gefunden haben und uns nicht mit traurigen Augen und hohler Hand auf der Strasse sitzend zu einem Almosen auffordern. Gelegentlich sitzt man vor der Zeitung und weiss, dass einem da jemand für blöd verkauft. Flugs nachgeschlagen bei Wikipedia; Zitat: «Parkinsonsches Gesetz zum Bürokratiewachstum, erstmals veröffentlicht 1955. Es lautet: «Work expands so as to fill the time available for it's completion.» [zu Deutsch] Arbeit dehnt sich in genau dem Mass aus, wie Zeit für ihre Erledigung zur Verfügung steht.» Da passen noch zwei weitere parkinsonsche Merksätze, nämlich, dass jeder Angestellte seine Zahl der Untergebenen zu vergrössern sucht, nicht aber die Zahl seiner Rivalen und dass sich Angestellte gegenseitig Arbeit verschaffen. Parkinson untersuchte zwei Ämter der britischen Verwaltung: die Marine und das Kolonialministerium. Er stellte fest, dass die Ämter wuchsen, obzwar die Marine Schiffe abbaute und das britische Imperium Kolonien verlor. Er wies ein Stellenwachstum von durchschnittlich 5,2–6,6 Prozent jährlich nach, unabhängig vom Arbeitsanfall. Wir stellen fest, dass der Stadtrat Zürichs wirklich Verantwortung wahrgenommen hat. Die lächerlichen 6,6 Prozent Wachstum nach Parkinson, übertraf unsere Exekutive durch straffe Führung und schaffte satte 10 Prozent! Dass man von 224 Stellen nicht weiss, wo und warum sie neu geschaffen wurden, ist egal. Zitat Vollenwyder: «Mit einem vernünftigen Aufwand können wir nicht erheben, wie viele Stellenprozente zum Beispiel in der Lohnadministration geschaffen werden mussten. Um vorweihnachtlich zu bleiben: Diese 224 Stellen sind gewissermassen der Schweif des Sterns.» Noch ein Zitat zum Schluss: «Wenn die Stadt weiter wächst, wird die Verwaltung mit ihr mitwachsen. Bleiben die Aufgaben hingegen dieselben wie heute, wird auch die Zahl der Stellen nicht steigen.» Wie war das mit Parkinson?

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

«Geldverteilete» für die Kultur

Auf den Alpweiden sind die «Chästeilete» zu Ende gegangen. Nach dem Alpabzug wird jeweils der Käse den Besitzern gemäss Anzahl Kühen verteilt. Da wir in Zürich keine Kühe haben, haben die Linken eben fröhlich Geld für die Kultur verteilt.

MARTIN BÜRLIMANN
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 10

Die Budgetdebatte der kommenden Woche wirft bereits ihre Schatten, und die verheissen nichts Gutes. In der Doppelsitzung vom Mittwoch hat der Rat in schier unglaublicher Manier Geld verteilt, Sonderwünsche befriedigt, Ausgabenposten erhöht und rundum einen satten Teuerungsausgleich versprochen.

Vorab ging es um einige alte Kamellen. Die Linken wollen eine Velostation am Bahnhof Stadelhofen durchstieren, obwohl es dort bereits hunderte Veloplätze gibt. Die SVP verlangte kürzlich, dass das Tiefbauamt alte und defekte Velos entsorgt. Dann hätte es genügend Platz. Ruth Genner will aber offenbar lieber die letzten verbliebenen Parkplätze opfern. Für eine Motion aus dem Jahr 2006 der Grünen verlangte sie erneut eine Fristverlängerung. Besonders absurd ist, dass der Stadtrat in der Begründung selber andeutete, dass die zusätzlichen Veloparkplätze nicht realisierbar sind, ausser man würde eine Privatperson enteignen, was juristisch gar nicht möglich ist. Gegen die Stimmen der SVP beschloss der Rat trotzdem, die Fristverlängerung zu gewähren.

Dasselbe in Grün geschah mit einer SP-Motion: Die Motionäre verlangten 2007 Alternativ-Planungen zum Waidhaldetunnel. In der Verkehrskommission wurde dies natürlich bereits diskutiert. Ebenso gibt es verschiedene Plan-Varianten beim Kanton. Man könnte die Motion also abschreiben. Nichts da: Der Stadtrat zwängte auch hier eine Fristverlängerung durch. Somit dreht ein weiteres Vorstoss-Fossil seine Runden im Verwaltungs-Orbit.

Alles für die Kultur

Der Hauptakt bestand aber aus 13 Kulturweisungen. Die SVP will den bedeutenden Kulturinstitutionen das nötige Geld sprechen, sowohl städtisch als auch kantonal. So sollen Institutionen wie Opernhaus, Schauspielhaus oder das Tonhalle-Orchester mit Unterstützungsbeträgen ausgestattet werden, damit der Kulturbetrieb gewährleistet ist. Die SVP unterstützte in diesem Sinne die wichtigsten Weisungen.

Die Linken hingegen geben das Geld wortwörtlich mit beiden Händen aus. Über alles, was im entferntesten mit «Kultur» umschrieben werden kann, ergoss sich ein warmer Landregen aus Steuergeld. In praktisch allen Institutionen wurde der automatische Teuerungsausgleich gewährt. Der Stadtrat und die linke Mehrheit im Gemeinderat – inklusive Parteien, die sich eigentlich bürgerlich nennen – segneten den Teuerungsausgleich reihenweise ab. Kein Wort wurde darüber verloren, dass ein Szenario mit starker Inflation in den nächsten Jahren möglich ist. Wie will man jemals das Budget in Ordnung bringen, wenn die städtischen Ausgaben allesamt davongaloppieren?

«Geldverteilete»

Für die Tanzförderung, ein Schwerpunktziel der Stadtpräsidentin, gab es einen erweiterten Rahmenkredit. Das Tanzhaus Zürich erhielt mehr Geld, ebenso die Tonhalle-Gesellschaft, Camerata, Literaturhaus Museumsgesellschaft, der Verein Tram-Museum Zürich, das sogar theater, Zürcher Kammerorchester, Zurich Film Festival, Theater Stok, Theater Winkelwiese, Verein Fabrikjazz Zürich und das Theaterhaus Gessnerallee. Das Geld ist verteilt, die Rechnung an den Steuerzahler folgt.

Der Unterschied zwischen den Bauern auf der Alp bei der «Chästeilete» und der linken «Geldverteilete» ist nicht nur der Unterschied zwischen Kultur und Käse. Da sind die Grenzen manchmal fliessend. Der Unterschied ist, dass die Käser auf der Alp ihre selbst hergestellten Produkte verteilen. Die linken Städter im Gemeinderat verteilen das Geld der anderen Leute.

Einladung

zur ausserordentlichen Generalversammlung der SVP der Stadt Zürich

Dienstag, 17. Januar 2012, 20.00 Uhr

**Pavillon Restaurant Muggenbühl,
Muggenbühlstrasse 15, 8038 Zürich**

Telefon 044 482 11 45
(S-Bahn S4 Haltestelle Zürich Brunau, dann 2 Min. zu Fuss oder Bus Linien 33 und 66 Haltestelle Thujastrasse; für Autofahrer sind total 35 PP vorhanden).

Traktanden

1. Begrüssung
2. Standortbestimmung des Stadtparteipräsidenten — Roger Liebi
3. Statutenänderung § 16 der Statuten der SVP Stadt Zürich
   Neu:

   Abs. 1:
   Grundsätzlich besteht in jedem Stadtkreis als Unterorganisation der SVP-Stadtpartei eine SVP-Kreispartei. Diese kann auch mehrere Stadtkreise umfassen und besteht mit folgenden Organen: Kreisversammlung und Kreisvorstand.

   Abs. 2:
   Unverändert.
4. Diverses

Für Anträge an die Generalversammlung verweisen wir auf § 8 der Statuten.

Mit freundlichen Grüssen
SVP der Stadt Zürich

Roger Liebi
Stadtparteipräsident

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Stadtrat setzt Geothermie-Experimente fort

Der Stadtrat von Zürich hat bekannt gegeben, dass er langfristig auf Geothermie setzen will. Die SVP wird die Subvention von Experimenten bekämpfen.

MARTIN BÜRLIMANN
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 10

Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) hat mit Partnern eine neue Firma gegründet. Diese führt die begonnenen Tätigkeiten zur Nutzung der Geothermie für die Wärme- und Stromgewinnung fort. Die Geo-Energie Suisse AG soll das geothermische Potenzial in der Schweiz erforschen. Die Firma will innert 15 bis 20 Jahren die Stromproduktion aus tiefer Erdwärme ermöglichen.

Zur Erinnerung: Der Stadtrat versenkte vor wenigen Jahren 20 Millionen Franken in eine Tiefenbohrung beim Triemli. Die Bohrung sollte den Untergrund erkunden und das Geothermiepotenzial auf dem Gebiet der Stadt Zürich ermitteln. Für eine Stromgewinnung gab es in einer Tiefe von 2400 Meter aber zu wenig Wasser und zu wenig Hitze.

Beim Triemli schiefgegangen

Der Untergrund der Stadt Zürich ist für Geothermie nicht geeignet. Der Bohrer stiess in 2406 Meter Tiefe, also 300 Meter höher als erwartet, auf kristallines Grundgebirge. Eine Nutzung für Wärmegewinnung setzt wasserführende Schichten in diesen Tiefen voraus. Das ist im Triemli-Untergrund genau nicht der Fall. Deshalb ist eine Stromproduktion nicht machbar. Für die Stromproduktion wäre eine Bohrtiefe von mindestens 3000 Meter notwendig. Das ist aber sehr teuer und die heutige Technologie stösst an ihre Grenzen.

Dessen ungeachtet will der Stadtrat nun die Anstrengungen schweizweit koordinieren und die Kosten und Risiken mit Partnern teilen. Nach der Gründung der Geo-Energie Suisse AG wird der Stadtrat über einen Kredit für die Beteiligung befinden. Konkrete Standorte für weitere Erkundungsbohrungen in der Schweiz sind noch nicht festgelegt.

Kein Geld für Experimente

Die SVP ist nicht einverstanden, dass ohne gesicherte Erkenntnisse weitere Experimente veranstaltet werden. Die Entwicklung neuer Technologien ist nicht Kernaufgabe der Stadt Zürich. Dies muss an der ETH erforscht werden und private Investoren sollen Pionier-Firmen gründen. Geothermie, Solarenergie und Windenergie gibt es nur mit massiver Subventionierung. Nur wegen massivem Geldzuschuss aus anderen Gebieten ist der pseudo-ökologische Strom so billig.

**Schweizerische Volkspartei
Stadt Zürich Kreis 3**

Postfach
8036 Zürich

www.svp3.ch
PC 80-14700-3

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Stadt Zürich Kreis 3

**Stamm SVP Stadt Zürich Kreis 3
Termine 2012**

Montag, 2. Januar
Montag, 6. Februar
Montag, 5. März
Montag, 2. April
Montag, 7. Mai
Montag, 4. Juni
Montag, 2. Juli
Montag, 6. August
Montag, 3. September
Montag, 1. Oktober
Montag, 5. November
Montag, 3. Dezember

Wo: Restaurant Falcone
Birmensdorferstrasse 150, 8003 Zürich
(direkt bei der Haltestelle Schmiede Wiedikon)

Wann: jeweils ab 19:00 Uhr
(je nach Witterung am runden Tisch im Restaurant oder auf der Gartenterrasse)

Auf Ihre rege Teilnahme freut sich
SVP Stadt Zürich Kreis 3

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

6 **Nylon-Halsbänder** mit Ringbügel, Fr. 25.–/Stück; 8 **Gussroste** für Schwemmkanal, 100 x 80 cm, Fr. 50.–/Stück. Tel. 044 935 38 46.

Hürlimann 466,4, 6800 Std.; **Frontmähwerk Titan 215; Knickzetter PZ TK 210; Heustockroste,** 6 x 18 m; **Heubelüfter** v. Lanker, 15 PS; **Warmluftofen** v. Kiebler (Jumbo). Elenora Flachmüller, 8545 Rickenbach, Telefon 052 337 32 56.

Emd, ab Stock in Kleinballen. 1 bis 6,5 t, ab Hof, evtl. geliefert, Raum Winterthur, Tel. 052 233 60 19.

Gebraucht-Velos laufend bei W. Keller, Fehraltorf, Tel. 079 649 33 31.

Eselhengst, 10 Monate, grau, 90 cm, Fr. 500.–. Ruedi Honegger, Berenbach 11, 8635 Dürnten, Tel. 055 240 61 03.

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.** Komme bei Ihnen vorbei.

044 822 26 11.

ZU KAUFEN GESUCHT

Silbergeld, Münzen, Medaillen, ganze Sammlungen zu kaufen gesucht. Barzahlung, Tel. 079 757 64 18.

SVP-Flohmärtler sucht: Schmuck, Musikinstrumente, alte Spielsachen, antike Kleinmöbel, Bilder, Teppiche, Briefmarken usw., zahle bar. Telefon 079 667 79 82.

IMMO – GESUCHT

Auf 1. April, evtl. vorher, im Zürcher Unterland/Weinland, **3,5-Zimmer-Wohnung/Dachwohnung,** mit Balkon/Sitzplatz, öV. erreichbar, max. Fr. 1700.– inkl. NK. Bin auch für jeden Tipp dankbar! Rrau R. Wyss, Tel. 079 714 90 28.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

Treuhandbüro NK Steiner

Blattenstrasse 2, 8605 Gutenswil
Telefon: 079 397 77 62
nicole.steiner@treuhandsteiner.ch
www.treuhandsteiner.ch

- Steuerberatung und -optimierung
- Lohnbuchhaltung
- Salär- und Personaladministration
- Finanz- und Rechnungswesen

DIENSTLEISTUNG

Ihr Partner für **Baumpflege** und **Baumfällungen:** Brandenberger, Spezialholzerei AG, Henggart, 052 301 27 63.

«Metzgete»: Schlachten, zerlegen, ausbeinen und dressieren, Wursten und vac. verpacken? Verrechnung per kg SG. Rufen Sie mich an: Diggelmann Henri, Metzgerei, Tösstalstrasse 68, 8496 Steg, Tel. 055 245 13 24.

FREIZEIT/KONTAKTE

Singen Sie sich glücklich und frei! Mit Hilfe einer erfahrenen Gesangspädagogin. Rufen Sie an: Tel. 079 205 60 50.

STELLEN

Gesucht ab sofort infolge Krankheit **landwirtschaftlicher Mitarbeiter** ins Zürcher Weinland, Tel. 052 317 18 60 oder 079 311 49 50.

Aussendienstmitarbeiter (m/w)
in Festanstellung gesucht

Grossunternehmen der Landwirtschaftsbranche sucht zur Betreuung unserer Stammkunden Vertriebsprofis (m/w) für den regionalen Einsatz. Attraktives Gehaltspaket. PKW wird gestellt.

Wir freuen uns auf Ihre email:
Herr Hofer, whofer@roullier.com oder
Anruf **079 540 08 09.**
www.ch.timacagro.com

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen

Pneuhaus Schaufelberger
Fabrikstrasse 3, 8340 Hinwil
044 937 43 91

Zur Verstärkung unseres Teams suchen wir einen

Landmaschinenmechaniker oder Schlosser

mit abgeschlossener Berufsausbildung oder sehr guten technischen Kenntnissen in der Stall- und Hoftechnik.

Ihre Aufgaben:
– Montage und Reparatur von Entmistungsanlagen, Stalleinrichtungen und Krananlagen
– Konstruktionsarbeiten

Angesprochen? Unser Herr Fritz Schneider ist unter Telefon 052 376 16 95 für weitere Auskünfte erreichbar.

Schneider Landmaschinen AG
St. Gallerstrass 9, 9548 Matzingen
Telefon 052 376 16 95
www.schneider-landmaschinen.ch

PNEUHAUS WEGMANN

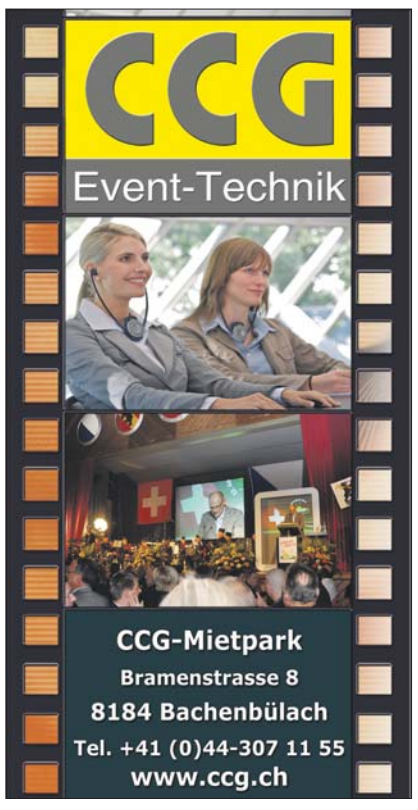
Mitglied der SWISS TYRE GROUP Gruppe freier Reifenfachhändler

Ihr Partner für Landwirtschaftsreifen!

Pneuhaus Wegmann AG
Ringstraße 2 · 8317 Tagelswangen
Tel. 052 343 11 68
Fax 052 343 67 32
info@pneuhaus-wegmann.ch

MICHELIN Wir bringen Sie weiter

CCG Event-Technik



CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44-307 11 55
www.ccg.ch

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

☐ zu verkaufen ☐ zu verschenken ☐ zu kaufen gesucht
☐ zu vermieten ☐ Freizeit/Kontakte ☐ _____

Anzahl der Erscheinungen _____ mal

Name _____
Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon _____
E-Mail _____

Einsenden an: **Stutz Druck AG,** «Zürcher Bauer/Zürcher Bote», Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis.

LESERBRIEF

Gedanken zu den Bundesratswahlen

Frau Widmer-Schlumpf müsst sich doch sagen,
was will ich mich noch lange plagen.
Ich sollt doch besser gehn,
damit die Konkordanz weiter kann bestehn.
Vier Jahre hat sie dem Land gedient,
ein würdigen Abgang sie drum hat verdient.
Viele haben's ihr vor vier Jahren übel genommen,
weil sie die umstrittene Wahl hat angenommen.
Damals kam auf sie zu so viel,
schlicht gesagt, dass war mieses «Hämmelispiel».
Grundlos hat sie die SVP nicht rausgeschmissen,
diese Partei muss nicht haben ein schlecht Gewissen.
Es sind andere, die gern hohle Sprüche rausschreien,
und das Land von der SVP möchten «befreien».
Sicher ist die Eveline für die BDP ein Schatz,
im Bundesrat aber hat die SVP Anrecht auf ihren Platz.
Darüber könnten wir tagelang diskutieren,
der bewährten Konkordanz dies nicht tut dienen.
Bis zum 14. Dezember wir die Tage zählen,
wen wird das Parlament wohl wählen?

Walter Kern, Hettlingen

Büro/Gewerbe

Per 1. Januar 2012 vermieten wir in unseren ruhigen und freundlichen Räumlichkeiten in Dübendorf eine bezugsbereite Büroraumfläche.

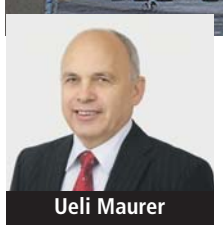
Wir bieten:
- Attraktive Lage
- Erstvermietung
- Bezugsbereite Büroräume, bestehend aus 2 Büros mit 22,5 m² und 65,3 m²
- Beste Zufahrtswege von der Autobahn, genügend Parkplätze
- Bushaltestelle in unmittelbarer Nähe mit direkter Verbindung zum Bahnhof Stettbach (10 Minuten Fussweg entfernt)

Bitte setzen Sie sich bei Interesse mit Herrn Yves Gadient, Sekretär SVP des Kantons Zürich, in Verbindung – wir geben Ihnen gerne weitere Auskünfte unter Tel. 044 217 77 66 oder sekretariat@svp-zuerich.ch.

Adresse: Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Preis: Nach Vereinbarung

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes


Ueli Maurer

Bruno Zuppiger

Gemeinsam zu den Bundesratswahlen nach Bern

Mittwoch, 14. Dezember 2011

Car ab Gemeindeplatz Hinwil, Abfahrt 5.45 Uhr
Zustieg Raststätte Würenlos (Fressbalken), 6.15 Uhr bei Tankstelle Fahrtrichtung Bern

Im Hotel Kreuz verfolgen wir die Bundesratswahlen auf Grossleinwand. Verschiedene Parteiexponenten werden uns vor und nach den Wahlen besuchen. Hoffentlich können wir einem neuen Bundesrat und einem Bundespräsidenten gratulieren!

Kosten Fr. 28.– für die Carfahrt

Anmelden unter
055 251 41 41 oder info@suter-martin.ch

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

SVP Frauen Stadt Zürich

Adventsessen

Dienstag, 13. Dezember 2011, 19.00 Uhr
Rest. Limmatberg, Limmattalstr. 228, 8049 Zürich
Parkplätze vorhanden. Mit dem ÖV: Tram Nr. 13 und Bus Nr. 80 bis «Zwielplatz»

Liebe Frauen
Es ist schon wieder so weit!
Auch dieses Jahr lade ich euch herzlich zum Adventsessen ein.

Unser Mitglied, Susanna Peter, sorgt für musikalische Unterhaltung und Humor!

Apéro
(offeriert durch unsere Gemeinderätin *Hedy Schlatter*)

Spaghettiplausch
Fr. 25.50

Gäste sind herzlich willkommen!

Ich freue mich auf ein gemütliches Beisammensein in der Vorweihnachtszeit.

Um eine Anmeldung wird gebeten. Es wird ein Unkostenbeitrag von Fr. 15.– erhoben.

Vielen Dank.

Anmeldung an unten stehende Adresse bis spätestens
9. Dezember 2011

Name / Vorname
Telefon: E-Mail:
Anzahl Personen:

Herzliche Grüsse

Margrit Haller
Präsidentin

Aktuariat: c/o Anita R. Nideröst, Regensdorferstr. 77a, 8049 Zürich,
Tel. 044 341 95 00 / Fax 043 536 48 31 / E-Mail: a.nideroest@swissonline.ch
www.frauen-svp-stadt-zuerich.ch / info@frauen-svp-stadt-zuerich.ch

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 12. Dezember 2011, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Hinwil / Wetzikon
Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Seuzi-Kafi, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Parteihöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 10
Jeden zweiten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Guido's Restaurant, Alte Trotte, Limmattalstrasse 88, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen (am Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

Winterthur Altstadt, Veltheim, Mattenbach und Töss
Jeden letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Central, Wülflingerstrasse 5, Winterthur.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Hinwil
Mittwoch, 14. Dezember 2011, gemeinsam zu den Bundesratswahlen nach Bern. Car ab Gemeindeplatz Hinwil, Abfahrt 5.45 Uhr. Im Hotel Kreuz verfolgen wir die Bundesratswahlen auf Grossleinwand. Verschiedene Parteiexponenten werden uns vor und nach den Wahlen besuchen. Hoffentlich können wir einem neuen Bundesrat und einem Bundespräsidenten gratulieren! Kosten Fr. 28.00 für die Carfahrt. Anmelden unter 055 251 41 41 oder info@suter-martin.ch.

Bezirk Pfäffikon / Bauma
Montag, 12. Dezember 2011, 20.00 Uhr, Restaurant Frohsinn, Gemeindeversammlung. Anschliessend Schlusshöck.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Dienstag, 13. Dezember 2011, 19.00 Uhr, Restaurant Limmatberg, Limmattalstrasse 228, Zürich, Adventsessen. Parkplätze vorhanden. Mit dem ÖV: Tram Nr. 13 und Bus Nr. 80 bis «Zwielplatz». Apéro wird offeriert. Menü: Kleiner grüner Salat, Spaghettiplausch. Preis: Fr. 25.50 p.P. Unser Mitglied, Susanne Peter, sorgt für musikalische Unterhaltung und Humor! Um Anmeldung wird gebeten bis spätestens Freitag, 9. Dezember 2011, an Aktuariat c/o Anita R. Nideröst, Regensdorferstrasse 77a, 8049 Zürich, Telefon 044 341 95 00, E-Mail: info@frauen-svp-stadt-zurich.ch. Es wird ein Unkostenbeitrag von Fr. 15.– erhoben. Gäste sind herzlich willkommen!

Montag, 30. Januar 2012, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Sonntag, 25. Dezember 2011, 18.25 Uhr (Wiederholung jeweils nach einer Stunde), SonnTalk bei TeleZüri, u.a.mit Nationalrat Hans Fehr.

Freitag, 9. März 2012, 20.00 Uhr, Gemeindehaus, Brunnenhof 6, Ehrendingen/AG, Referat «Politik aktuell» mit Diskussion von Nationalrat Hans Fehr, im Rahmen der Generalversammlung der SVP Ehrendingen.

Dienstag, 24. April 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Schiffli, Diepoldsau SG, Referat von Nationalrat Hans Fehr «Die SVP am Puls des Volkes» im Rahmen der Generalversammlung der SVP Diepoldsau.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote
ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
General-Wille-Strasse 147, Postfach,
8706 Feldmeilen
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29,
8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

ANZEIGE